

Ausgangslage

Das neoliberale Wirtschaftsmodell hat Europa an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht: Abbau des Service Public, Deregulierung des Finanzsektors und hemmungslose Abzocker-Manier lassen ehemalige Industriezentren verwaisen und Arbeitsplätze verschwinden. Die Arbeitsbedingungen werden angegriffen und die Vermögen sind immer ungleicher verteilt – es kommt zu einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die Ablehnung dieser Politik reicht mittlerweile von den Ärmsten dieser Welt über die wohlhabenderen ArbeitnehmerInnen bis zum Internationalen Währungsfonds, dem Hüter des globalen Kapitalismus.

Doch auch der Kanton Baselland ist durch die untauglichen Rezepte des Neoliberalismus gezeichnet: Die Regierung baut staatliche Leistungen ab und lagert sie an Private aus. Der Kanton beteiligt sich an einem hemmungslosen, zerstörerischen Steuerwettbewerb. Aber auch bei den Gemeinden ist der Druck gross, die Steuern zu senken und Dienstleistungen abzubauen. Die kantonale Wirtschaftspolitik konzentriert sich seit rund 15 Jahren vor allem auf Abbauprogramme und Steuersenkungen für Unternehmen.

Auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit nehmen die Rechten dabei keine Rücksicht: Bei der Unterstützung von Familien und Angehörigen in der Pflege der älteren und Erziehung der jungen Menschen wurden kaum Fortschritte erzielt, im Gegenteil. Die bezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit steht unter wachsendem Profitdruck, wird privatisiert und abgebaut. Die Wirtschaftsförderung Baselland ist kläglich gescheitert. Es gibt keine Strategie dafür, wo der Kanton in zehn Jahren stehen soll und wie für die Menschen Arbeitsplätze im Kanton gesichert und geschaffen werden sollen.

Grundziele der SP

Wir wollen nachhaltige Innovationen, die allen zugute kommen.

Für uns steht eine kantonale Wirtschaftspolitik im Zentrum, die sich an nachhaltigen Innovationen orientiert: Wirtschaftswachstum ist kein Ziel, sondern ein Weg zu mehr Lebensqualität für alle und zu einer gerechten Verteilung. Es ermöglicht höhere Löhne und stärkt damit die Kaufkraft der Bevölkerung. Es sichert Steuereinnahmen, damit der Staat die Qualität seiner Dienstleistungen ausbauen kann. Bedarfsgerechte Sozialleistungen, ausgebaute Infrastrukturen sowie attraktive Ausbildungsangebote, Wohn- und Lebensräume wirken sich wiederum positiv auf die Wirtschaft aus. Es ist unsere Aufgabe, die Wirtschaft durch demokratische Einflussnahme sozial und ökologisch zu gestalten und damit unsere Bedürfnisse ins Zentrum zu stellen. Gleichzeitig soll der Kanton Innovationen betreiben, damit sich die Wirtschaft dem Strukturwandel stellt und attraktive Arbeitsplätze anbietet. Soziales Unternehmertum muss gefördert werden, denn es leistet mit innovativen Ideen und ökologischen Konzepten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt. So wollen wir den ganzen Spielraum der kantonalen Politik nutzen, um Wege in ein neues Wirtschaften aufzuzeigen, damit der Umweltzerstörung Einhalt geboten und für alle statt für wenige gewirtschaftet wird.

Unsere Forderungen

Mindestlohn für alle: Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für Mindestlöhne von wenigstens 4'000 Franken und Normal-Arbeitsverträge in allen Branchen ein.

Nachteilsausgleich für Arbeitnehmende: Ein Nachteilsausgleich soll für Menschen zur Anwendung kommen, die – aus Gründen für die sie nicht verantwortlich sind – Mühe haben, trotz entsprechender Qualifikation eine Stelle zu finden. Dabei sollen Firmen, die durch das Einstellen von Personen mit chronischen Erkrankungen, mit Teil-Invalidität oder anderen Handicaps ein höheres Risiko tragen, unterstützt werden (z.B. mit Lohnausfallversicherung, Lohnanteil). Dadurch können die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe der Gemeinden entlastet werden. Und für die betroffenen Menschen bedeutet dies, dass sie ihr Leben selber gestalten und zumindest teilweise auch selber finanzieren können.

Fairness am Arbeitsplatz: Die Zahl der Kontrollbesuche im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen muss erhöht und auf Branchen wie z.B. Dienstleistungen im IT-Bereich ausgeweitet werden. Dies verhindert Lohndumping und bekämpft Schwarzarbeit konsequent. Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden müssen obligatorisch Lohnkontrollen durchführen, um die Lohngleichheit zwischen Frauen* und Männern* nachweisen und gewährleisten zu können.

Stopp der Ausbeutung: Der Kanton muss Massnahmen ergreifen, um die Ausbeutung von TeilzeitarbeiterInnen und PraktikantInnen zu beenden und ihre Rechte zu stärken.

Mit Transparenz gegen Wirtschaftskammer-Filz: Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton muss nachhaltig, ökologisch, ökonomisch sowie demokratisch gesteuert werden, damit die Interessen der ganzen Bevölkerung gewahrt bleiben. Verflechtungen von Wirtschaftsverbänden, einzelnen Unternehmen, Kanton und Gemeinden müssen offengelegt werden.

Baselbieter KMUs sichern: Heute steht rund jedes fünfte KMU bei der Regelung einer Geschäftsnachfolge vor einer unsicheren Zukunft. Dank einem Vorinformations- und einem Vorkaufrecht sollen Mitarbeitende dabei unterstützt werden, eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (z.B. als Genossenschaft) zu finden. Oft fehlt ihnen heute dafür das nötige Geld. Ein Zukunftsfonds soll mittels einer Übergangsfinanzierung dazu beitragen, die Baselbieter KMU wenn möglich als solidarische und demokratische Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Die Wirtschaftsberatungsstellen im Kanton werden entsprechend gestärkt und beauftragt, mit Grundeigentümern, Ämtern und BetriebsbesitzerInnen Lösungen für die orts- oder regional ansässige Weiterführung der Betriebe zu ermöglichen.

Attraktive Arbeitsplätze dank Innovationen: Die Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Ausbildungsinstitutionen der Nordwestschweiz muss intensiver gefördert werden. Insbesondere die Förderung von jungen IngenieurInnen und EntwicklerInnen bei der Ausarbeitung und Realisierung von innovativen Projekten muss verstärkt werden.

Förderung des sozial-ökologischen Unternehmertums: Unternehmen, für die der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit mehr zählt als die Gewinnerzielung, und Unternehmen, die ihre Überschüsse nachhaltig in soziale Projekte innerhalb des Betriebs reinvestieren, sollen vom Staat gefördert werden.

Leitfaden «Flüchtlinge einstellen – Informationen für Unternehmen» veröffentlichen und in allen interessierten Kreisen bekannt machen: Damit die soziale und ökonomische Inte-

gration gelingt, muss der Kanton Hilfestellungen leisten, um die berufliche Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen zu verbessern. Dazu soll ein möglichst praxisorientierter Leitfaden für die Anstellung von Flüchtlingen ausgearbeitet und publiziert werden.

Gründung von ArbeitnehmerInnenfonds: In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften soll bei der Verhandlung von Gesamtarbeitsverträgen gefordert werden, dass ein Teil der jährlichen Unternehmensgewinne in Form von Anteilen an die Arbeitnehmenden ausgeschüttet wird. Über diese Anteile können Mitarbeitende demokratisch Einfluss auf ihr Unternehmen nehmen. Mögliche Dividenden werden zum Aufkauf weiterer Anteile verwendet.

Care (Sorge) ermöglichen: Care-Arbeit steht für Pflege- und Betreuungsarbeit. Der Grossteil wird heute unbezahlt von Frauen* erledigt. Dies führt zu weniger Einkommen, weniger Anerkennung, weniger Schutz und weniger Rente im Alter. Dieser mehrfachen Benachteiligung muss ein Ende gesetzt werden. Als erster Schritt sollen bezahlte Freitage für Notfall-Pflege und bezahlter Sozialurlaub von bis zu zwei Wochen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit emotional nahestehender Angehöriger gesetzlich festgehalten werden. Der Kanton Baselland setzt sich auf nationaler Ebene dafür ein, dass Betreuungsgutscheine für Personen ausgestellt werden, die infolge Care-Arbeit Einbussen im Erwerbseinkommen hinnehmen, damit diese die volle AHV-Rente erhalten können (analog den Erziehungsgutscheinen für nicht erwerbstätige Eltern).

Konsequent nachhaltig beschaffen: Der Kanton soll sein Beschaffungswesen konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. So müssen in Zukunft Produkte aus fairem Handel, aus demokratischen Unternehmen oder Unternehmen mit einer Mindestanzahl an Lehrlings- und IV-Integrationsstellen konsequent bevorzugt werden. Der Nachweis von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit soll obligatorisch werden.

Bestehende Areale nutzen: In unserer Region (z.B. im Birstal) liegen an zentraler Lage bestens per Bahn und Strasse erschlossene ehemalige Industrieareale brach. Gleichzeitig werden in un bebauten Gebieten neue Areale erschlossen. Das führt zu einem unnötigen Ressourcen- und Landverschleiss. Neue Industrien sollen deshalb primär auf den Industriebrachen angesiedelt werden. Flächen, die nicht mehr für die Industrie genutzt werden, können auch zu Gewerbe- oder Wohngebieten umgenutzt oder mischgenutzt werden.

Biologische Landwirtschaft fördern: Die biologische Landwirtschaft schont unsere Natur und muss durch den Kanton vermehrt unterstützt werden.

Solidarität der Unternehmen in der Berufsbildung: 70 Prozent aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen einen Beitrag an den Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Der Kanton soll es zudem möglich machen, dass mehrere Betriebe gemeinsam eine Lehrstelle anbieten können.